

Claus M. Wolfschlag (Hrsg.)

**MEINUNG  
PRANGER  
KONSEQUENZEN**

Zweiundzwanzig Fälle

Verlag  Antaios

Impressum  
Bibliographische Informationen der Deutschen  
Nationalbibliothek, abrufbar unter <http://dnb.ddb.de>

Buchgestaltung und Satz: Verlag Antaios

Claus M. Wolfschlag (Hrsg.)  
Meinung, Pranger, Konsequenzen  
Zweiundzwanzig Fälle  
296 Seiten, 1. Auflage, Schnellroda 2024  
© Verlag Antaios, Schnellroda 2024

ISBN: 978-3-949041-14-3

Gedruckt in Deutschland

Vorwort des Herausgebers 1

Reinhild **Boßdorf** 21 | Martin **Andersson** 32 | Caroline  
**Sommerfeld** 43 | Rudolf **Öller** 56 | Ellen **Kositza** 59  
Claus M. **Wolfschlag** 68 | Mario **Kandil** 87 | Heino  
**Bosselmann** 96 | Uwe **Steimle** 114 | Detlev  
**Schönauer** 125 | Josef Maria **Klumb** 138 | Markus  
**Roscher** 158 | Michael **Beleites** 169 | **N.N.** 192  
Jörg **Drews** 200 | Wolfgang **Hübner** 210 | Jens **Dippon**,  
Oliver **Hilburger** und Andreas **Ziegler** 218 | **Markus** und  
**Maik** 239 | Uwe **Junge** 248 | Andreas **Lichert** 265  
Reinhard **Rupsch** 277

## Eine neue politische Verfolgung

### Interview mit Michael Beleites

*Der Renegat wird oft als Verräter betrachtet. Das ist schlimmer als einer, der von Anfang an als politischer Feind klassifiziert wurde.*

*Michael Beleites war zwar nie Mitglied der Grünen, aber bewegte sich in deren kulturellem Umfeld. Bereits in der DDR war er durch sein ökologisches Engagement ins Visier der Staatssicherheit geraten. Doch erst in der Bundesrepublik der 2010er Jahre sollte der unangepaßte Naturschützer ohne Kontaktscheu die fast existenzvernichtende Kraft der »Cancel Culture« erleben.*

**Herr Beleites, Sie sind 1964 in Halle als Sohn eines evangelischen Pfarrers geboren worden. Inwieweit hat Sie diese Sozialisation, also seitens DDR und Kirche, geprägt?**

Von Kindheit an war ich mit unterschiedlichen Weltanschauungen konfrontiert. Eine zu Hause und eine in der Schule, eine im West-Radio und eine in der Ost-Zeitung. Mir bot sich ein sehr pluralistisches Bild verschiedener Entwürfe – und ich konnte vergleichen. Es war für mich selbstverständlich, daß nichts alternativlos ist.

**Wie verlief Ihr beruflicher und politischer Weg in der DDR?**

Nachdem mir der Weg zum Abitur versperrt worden war, bekam ich 1981 doch einen der wenigen Ausbildungsplätze zum Zoologischen Präparator. Im Anschluß an die Ausbildung habe ich bis 1987 als Präparator am Geraer Naturkundemuseum gearbeitet. Über die evangelische Jugendarbeit fand ich Kontakt zu überregionalen Initiativen der unabhängigen Friedens- und Umweltbewegung. Die Stasi versuchte, meine politischen Kontakte durch eine Einflußnahme

über die Museumsleitung zu unterbinden. Als das für mich unerträglich wurde, sah ich mich im Juni 1987 zu einer Kündigung genötigt. Seitdem arbeitete ich freiberuflich als Tierpräparator, überwiegend für das Museum in Zeitz.

Von Gera aus hatte ich seit Mitte 1986 Informationen über die radioaktiven Gefährdungen im Umfeld des nahegelegenen Uranbergbaus zusammengetragen. Mit Unterstützung des Ostberliner Physikers Sebastian Pflugbeil und des Kirchlichen Forschungsheims in Wittenberg konnte ich im Juni 1988 meine Dokumentation *Pechblende – Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen* fertigstellen. Deren Erscheinen wurde zu einem großen Aufmacher in den westlichen Medien. Und zugleich nahmen die Repressalien durch die Stasi solche Formen an, daß sie mein Alltagsleben überlagerten. Die Bekanntheit im Westen – und wohl auch besonnene Kräfte innerhalb des Staatssicherheitsdienstes – haben mich aber davor bewahrt, inhaftiert zu werden.

### **Welche negativen Folgen hatte die Stasi-Verfolgung für Sie im DDR-System?**

Beim Staatssicherheitsdienst lief seit 1982, also seit meinem 18. Lebensjahr, ein »Operativer Vorgang« gegen mich. Bestandteil solcher Operativen Vorgänge waren immer »Zersetzungsmaßnahmen«. Das bedeutete nach der entsprechenden Stasi-Richtlinie: »systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes« und »systematische Organisation beruflicher Mißerfolge«. <sup>13</sup> Neben der alltäglichen Überwachung hat man dafür gesorgt, daß ich nicht zum Studium zugelassen wurde, auch nicht zu einem Fachschulstudium. Seit 1985 bestand dann eine Reisesperre. Das bedeutete, daß alle Westdeutschen, für die ich ein Visum beantragt hatte, fortan nicht wieder in die DDR einreisen durften. Und es bedeutete, daß ich in kein anderes Land mehr ausreisen durfte, auch nicht in die Tschechoslowakei, wohin man als DDR-Bürger normalerweise auch

13 MfS-Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV), S. 47f.

ohne Visum reisen durfte. Mit dem Erscheinen der *Pechblende* kamen noch inszenierte Verleumdungen und Drohungen hinzu.<sup>14</sup>

### Wie haben Sie die Wende von 1989/90 aufgenommen?

Die Wendezeit habe ich als eine Befreiung erlebt. Es war wieder ein wunderbares Gefühl von Normalität, wenn ich jetzt nicht mehr bei all meinem Tun und Lassen überlegen mußte, ob und wie dies gegen mich verwendet werden konnte. Dennoch brach nun auch eine anstrengende Zeit an: Mein Mitwirken am Runden Tisch und im Bürgerkomitee zur Stasi-Auflösung erforderte nicht nur Risikobereitschaft, sondern auch sehr viel Zeit und Beharrlichkeit. Es ging darum, einen Systemwechsel zu organisieren, Dokumente zu sichern und – was am meisten Energie forderte – immer wieder dafür zu sorgen, daß dieser Prozeß gewaltfrei ablief.

Als einer der ersten bekam ich Anfang März 1990 die eigenen Stasi-Akten zur Einsicht vorgelegt. Auch dies war für mich ein Moment der Befreiung. Ich sah nun schwarz auf weiß, daß für all die verdeckt inszenierten beruflichen Ausgrenzungen und Diffamierungen halbjährlich »Maßnahmepläne« geschrieben worden waren. Ich sah, was die Stasi getan hatte, aber auch, was sie nicht getan hatte. Ich sah, wer sich als Spitzel oder Agent betätigt hatte, aber auch, wer das nicht getan hatte. Es kam eine Klarheit in mein Leben, die das diffuse Bedrohungsgefühl auflöste. Und diese Klarheit versetzte mich schließlich auch in die Lage, das Gespräch mit den Tätern zu suchen. Mit den Spitzeln, die nur Werkzeuge gewesen waren und zumeist weiter in ihrem Lügenmodus verharrten, waren solche Gespräche wenig hilfreich. Zu meiner Überraschung fanden sich aber die früheren Stasi-Offiziere, die die Maßnahmepläne gegen mich geschrieben hatten, zum Gespräch mit mir bereit. Und diese Gespräche waren von bemerkenswerter Offenheit. Sie sprachen dabei auch über Dinge, die nicht in

14 Vgl. Michael Beleites: *Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz* (= *Forschungen zur DDR-Geschichte. Neue Folge*), Berlin 1991, S. 274.

den Akten standen. Ich konnte für mich eine wunderbare Erfahrung machen: Wer vergibt, tritt aus seiner Opferrolle heraus.

**Bitte schildern Sie Ihr vielfältiges politisches und gesellschaftliches Engagement seit 1990.**

Im Jahr 1991 ging ich nach Berlin, um zu studieren. Doch aus dem angestrebten Biologiestudium wurde nichts. Biologie war Numerus-clausus-Fach, und das ging nicht ohne Abitur. So begann ich ein Landwirtschaftsstudium an der Humboldt-Universität. Nach einem Jahr versuchte ich, das Studium in Witzenhausen bei Kassel fortzusetzen, wo es einen Lehrstuhl für ökologischen Landbau gab. Doch ein Studium ohne Abitur war in Hessen nicht möglich. So habe ich von 1993 bis 1995 eine landwirtschaftliche Berufsausbildung und ein Fachschulstudium in Großenhain bei Dresden absolviert.

Nachdem ich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre publizistisch tätig gewesen war, wurde ich im Dezember 2000 zum Sächsischen Landesbeauftragten für

die Stasi-Unterlagen gewählt. Die zwei Amtsperioden bis Ende 2010 waren für mich eine erfüllte Zeit. Ich hatte gute Verbindungen in die verschiedenen politischen Lager und konnte unterschiedliche Verfolgtengruppen untereinander und mit Staat und Politik ins Gespräch bringen. Insbesondere gelang es mir, die sich bislang argwöhnisch gegenüberstehenden Verfolgten generationen miteinander zu versöhnen: die eher konservativen Widerständler der 1940er und 1950er Jahre mit den eher progressiven Basisgruppen-Vertretern der 1970er und 1980er Jahre. Politische Konflikte gab es, weil ich ab 2003 auch die fortwirkenden Folgen der SED-Agrarpolitik, insbesondere der Zwangskollektivierung, zum Thema gemacht hatte.<sup>15</sup>

**Seit 2011 sind Sie als Gärtner und freier Autor tätig. Welchen Stellenwert hat Umweltschutz in**

-----  
 15 Vgl. Michael Beleites, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Robert Grünbaum (Hrsg.): *Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute*, Berlin 2010.

### Ihrem Leben? Können Sie ein paar Ihrer Positionen kurz skizzieren?

Ja, ich habe mich dann als Gärtner in die bisher von meiner Frau, Luise Ludewig, geführte biologische Blumen- und Kräutergärtnerei »Blankensteiner Blumen« eingebracht. Und ich trat der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) bei. Dort engagierte ich mich für eine Wiederbelebung bäuerlicher Landwirtschaft im Ostteil Deutschlands. 2012 erhielt ich von den Grünen im Sächsischen Landtag den Auftrag, eine agrarpolitische Studie zu schreiben. Diese ist gemeinsam von der grünen Heinrich-Böll-Stiftung und der AbL herausgegeben worden – unter dem Titel: *Leitbild Schweiz oder Kasachstan? Zur Entwicklung der ländlichen Räume in Sachsen*.<sup>16</sup> Dabei ging es darum, daß es in Sachsen ähnliche klimatische und strukturelle Voraussetzungen gibt wie in der Schweiz, daß aber eine verfehlte, an die DDR-Verhältnisse anknüpfende

Agrarpolitik aus diesen Voraussetzungen nichts Besseres macht, als es in einem Steppenland wie Kasachstan möglich wäre.

Zugleich konnte ich mich endlich den biologischen Fragen zuwenden, die mich seit früher Jugend bewegt hatten: Nach wie vor beschäftigte mich meine Skepsis gegenüber der darwinistischen Selektionslehre. 2014 habe ich mein Konzept einer organismischen Biologie mit dem Buch *Umweltresonanz* publiziert.<sup>17</sup> Darin stelle ich der mechanistischen Biologie eine andere Sicht auf das Leben gegenüber, die in vielem mit den Befunden der modernen Epigenetik vereinbar ist. Mein Fazit lautet: Eine vom Selektionsdenken befreite Biologie entzieht der Wettbewerbslogik unserer Zeit das Fundament.

**Ihnen wurde Zusammenarbeit mit rechtsstehenden Politikern und Publikationen vorgeworfen, darunter mit dem AfD-Politiker Björn Höcke und der**

16 Michael Beleites: *Leitbild Schweiz oder Kasachstan? Zur Entwicklung der ländlichen Räume in Sachsen. Eine Denkschrift zur Agrarpolitik*, Dresden 2012.

17 Michael Beleites: *Umweltresonanz. Grundzüge einer organismischen Biologie*, Treuenbrietzen 2014, zweite Auflage Lüdinghausen/Berlin 2020.

**Naturschutz-Zeitschrift *Die Kehre*. Können Sie kurz schildern, worum es Ihnen inhaltlich ging?**

Mir wurde der absurde Vorwurf gemacht, daß ich 2019 einen Artikel für die Zeitschrift *Die Kehre* geschrieben habe, die Björn Höcke im Mai 2020 beworben hat.<sup>18</sup> In dem *Kehre*-Beitrag zeige ich Ansätze einer konservativen Ökologie auf, wie man auch jenseits der CO<sub>2</sub>-Fixierung zu der Erkenntnis kommen kann, daß wir einen bescheideneren Lebensstil mit einem geringeren Energie- und Ressourcenverbrauch benötigen.<sup>19</sup>

Die ersten politischen Angriffe gab es bereits 2015/16. Man nahm mir übel, daß ich für Sebastian Hennigs 2015 erschienene *Pegida-Chronik*<sup>20</sup>

ein Vorwort geschrieben hatte. In diesem Vorwort hatte ich unter anderem formuliert: »Im Kern handelt es sich nicht um ausländerfeindliche Vorurteile, sondern um eine tiefe Vertrauenskrise in die Wahrhaftigkeit von Politik und Medien insgesamt. [...] Besonders beklemmend ist, daß sich wieder ein Klima der Angst breitgemacht hat. Aus purer Angst davor, als ›Nazis‹ beschimpft zu werden, haben wir jahrelang Unwahrheiten und offenkundigen Schwachsinn einfach hingenommen. Es blieb unwidersprochen, daß jeder, der die D-Mark wiederhaben will, so behandelt wurde wie einer, der Auschwitz wiederhaben will. Es blieb unwidersprochen, daß jeder, der die biologische Tatsache der geographischen Rassenvielfalt des Menschen als ein bewahrungswürdiges Erbe betrachtet, reflexartig als ›Rassist‹ gebrandmarkt wurde. Es blieb unwidersprochen, daß Kritiker der parasitären Finanzwirtschaft deswegen als ›Faschisten‹ diffamiert wurden, weil bei den Nazis auch solche Positionen vertreten wurden. Da Politik und Medien sich in diese Art der Stimmungsmache nicht nur

18 Vgl. Hans-Joachim Döring: »Die Kehre – Verkehrung und Umkehr«, in: Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V. (Hrsg.): *Briefe. Zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde*, 41. Jg., 2020, Heft 135, S. 23–32.

19 Vgl. Michael Beleites: »Die menschengemachte Überhitzung. Zur Entropie der Industriegesellschaft«, in: *Die Kehre. Zeitschrift für Naturschutz*, 1/2020, S. 6–13.

20 Sebastian Hennig: *Pegida. Spaziergänge über den Horizont. Eine Chronik*, Neustadt an der Orla 2015.

eingereicht, sondern ihr den Weg geebnet haben, ist es kein Wunder, daß sich das Gefühl einer Gleichschaltung der öffentlichen Meinung wieder breitmacht.«<sup>21</sup>

### Nach Ihrem Vorwort kam es zu ablehnenden öffentlichen Reaktionen?

Die Angriffe begannen mit einem Artikel des Autors Michael Bittner, der am 28. Oktober 2015 auf seiner Website eine Lügen-Polemik über Hennigs Pegida-Chronik veröffentlichte. Darin schrieb er: »Dazu paßt auch die Vorrede von Hennigs Buch, in der ein gewisser Michael Beleites für nachhaltige Rassentrennung wirbt und sich die Kritik an der ›parasitären Finanzwirtschaft‹ auch nicht durch Übereinstimmungen mit dem Nationalsozialismus verderben lassen will. Was für ein rechter Sektierer mag das sein, frage ich mich und entdecke dank Wikipedia: Der Mann war mal zehn Jahre lang Sächsischer Landesbeauftragter für

die Stasi-Unterlagen. In Sachsen ist wirklich nichts unmöglich.«<sup>22</sup>

Noch am selben Tag ging eine Rundmail mit dem Betreff »Michael Beleites« in den Verteiler der Landesarbeitsgemeinschaft »Ländlicher Raum« der Sächsischen Grünen: »Die Entwicklung von Michael Beleites scheint eine neue Qualität angenommen zu haben, wenn man der Beschreibung von Michael Bittner glauben kann. Für mich leider ein Grund [...] meine Meinung zu Michael Beleites revidieren müssen – was künftige Zusammenarbeit definitiv ausschließt.«

Obwohl ich nie Mitglied war, wurde ich von den Grünen nun behandelt, wie extremistische Ideologien ihre Renegaten behandeln: Ich galt als Abtrünniger und Verräter. Man war bestrebt, mich zu diffamieren und zu ruinieren. Was ich für die Anbahnung und Etablierung einer grünen Bewegung in Mitteldeutschland getan, riskiert und auch verloren hatte, spielte jetzt keine Rolle mehr. Im Gegenteil:

21 Michael Beleites: »Vorwort«, in: Hennig: *Pegida*, a. a. O., S. 12 und 14.

22 Michael Bittner: »PEGIDA von innen. Die Chronik ›Spaziergänge über den Horizont‹ von Sebastian Hennig«, in: [www.michaelbittner.info](http://www.michaelbittner.info)

Gerade weil ich ein wichtiger Akteur der ökologischen Bewegung in der DDR gewesen war und diese später mit einer Ausstellung und einem Buch dokumentiert und gewürdigt hatte,<sup>23</sup> galt ich für die rechtgläubigen Grünen nun als ein Ketzer. Der nüchterne Befund ist eine bittere Erkenntnis: Das Schicksal einer erneuten politischen Verfolgung wäre mir wohl erspart geblieben, wenn ich vorher nicht so viel für die grüne Bewegung getan hätte!

Ja, so sind diese Dinge einzuordnen: Wenn man die »systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes« und die »systematische Organisation beruflicher Mißerfolge« in der DDR erlebt und erlitten hat, nimmt man die heutigen Rufmord-Kampagnen, die auf berufliche und soziale Existenzvernichtung abzielen, als das wahr, was sie sind: eine neue politische Verfolgung. Und deren Anstifter kommen

nicht von den Linken, sondern von den Grünen.

Diejenigen, mit denen ich 2012 bei der Erstellung der agrarpolitischen Studie am engsten zusammengearbeitet hatte, wurden nun zu den eifrigsten Verleumdern: der Abgeordnete Johannes Lichdi, der Fraktionsgeschäftsführer Achim Wesjohann und der Leiter des sächsischen Zweigs der Heinrich-Böll-Stiftung, Stefan Schönfelder, der mit dem damaligen Vorstand der bundesweiten Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, eng verbunden war. Achim Wesjohann veröffentlichte einen Artikel unter dem Titel »Anmerkungen zu Michael Beleites' Pegida-Sympathie«.<sup>24</sup> Darin schrieb er: »Leider sind einige Unbelehrbare weiterhin der Ansicht, daß Pegida ›nicht ausgegrenzt‹ werden dürfe.« Und er betonte: »Wer Pegida nahesteht, kann den GRÜNEN nicht nahestehen.«<sup>25</sup> Doch damit nicht genug. Wesjohann versuchte, mir Rassismus und Antisemitismus anzuhängen. In meinem Buch

23 Vgl. Michael Beleites: *Pflanzzeit. Die kirchliche Umweltbewegung in der DDR – Impulse und Wirkungen*, Katalog zur Ausstellung, hrsg. vom Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg, Wittenberg 1999; Michael Beleites: *Dicke Luft: Zwischen Ruß und Revolte. Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR*, Leipzig 2016.

24 Achim Wesjohann: »Anmerkungen zu Michael Beleites' Pegida-Sympathie«, seit 2018 hier: [www.nanopdf.com](http://www.nanopdf.com)

25 Ebd.

Umweltresonanz hatte ich die Meinung vertreten, daß nicht die Akzeptanz der biologischen Tatsache einer geographischen Rassenvielfalt beim Menschen die Ursache für Rassismus und rassistische Verbrechen ist, sondern die Verknüpfung dieser Erkenntnis mit der aus meiner Sicht falschen These Darwins von der »Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampfe um's Dasein«.<sup>26</sup> Im Wissen, daß meine Zielrichtung eine antirassistische war und ich dabei stets von einer prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Menschen und aller Ethnien ausgegangen bin, benutzten Achim Wesjohann und später auch Michael Bittner meine Auseinandersetzung mit dieser Thematik, um mir ein rassistisches Denken zu unterstellen. Und selbst vor dem Antisemitismus-Vorwurfscheute Wesjohann nicht zurück, auch wenn er ihn indirekt vorbrachte: »Das Feindbild des völkischen Antikapitalismus ist ›die Ostküste«. Es stimmt deshalb bedenklich, daß Beleites [...]

-----  
 26 Charles Darwin: *Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl oder die Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampfe um's Dasein*, Stuttgart 1884, S. 561.

darauf verweist, daß Teile von Pegida eher in der Amerikanisierung als in der Islamisierung eine Bedrohung sehen.«<sup>27</sup> Die Rede von »der Ostküste« habe ich nie benutzt, weder sinngemäß noch wörtlich. Doch die Folgen dieser Diffamierung waren verheerend – und das war offenkundig beabsichtigt.

#### **Welche negativen Auswirkungen hatten diese Reaktionen für Sie?**

Zunächst gab es reihenweise Ausladungen. Vorträge und Publikationsanfragen wurden abgesagt. Meist ohne oder mit fadenscheiniger Begründung. Vom Koordinator des UmweltWIKI Sachsen erhielt ich am 4. November 2015 eine Mail: »[...] leider muß ich Ihnen den Termin am 11.11.2015 bei uns und den anschließenden Termin in der Landeszentrale absagen.« Die Sächsische Landesstiftung Natur und Umwelt schrieb mir am 10. November 2015: »[...] leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir den für Anfang Februar geplanten Umweltstammtisch aus organisatorischen

-----  
 27 Wesjohann: Anmerkungen, a. a. O.

Gründen absagen müssen.« Von der Wissenschaftsakademie Leopoldina, mit der ich über eine Ausstellung zu Otto Kleinschmidt im Gespräch war, bekam ich am 17. Dezember 2015 die Nachricht: »Im letzten halben Jahr hat sich allerdings die Interessenlage an der Akademie verändert und man verfolgt nun ein anderes Projekt als Beitrag zum Reformationsjubiläum.« Und von der Friedrich-Ebert-Stiftung erhielt ich im Dezember 2015 eine Ausladung von dem für Mai 2016 geplanten Bautzen-Forum zur politischen Verfolgung in der DDR, weil ich der Pegida-Bewegung »mit einem Vorwort publizistischen Geleitschutz« geliefert hätte. Das Podium, bei dem ich in Bautzen sprechen sollte, hatte den Titel »Umgang mit Unangepaßten«.

**Im Januar 2018 haben Sie als Vortragsredner an einer Tagung des neurechten Instituts für Staatspolitik (IfS) teilgenommen. Können Sie schildern, worum es in Ihrem Vortrag ging und welche Folgen das hatte?**

Weil ich prinzipiell mit allen rede, die von mir etwas hören wollen, sagte ich der Einladung nach Schnellroda zu. Mein Vortragsthema lautete: »Ist der Wettbewerb ein Naturgesetz? Biologische Alternativen zum Darwinismus«. <sup>28</sup> Da eine Kritik an der Selektionslehre nicht zu den Merkmalen rechter Ideologien gehört, hatte ich nicht den Eindruck, daß ich dort vereinnahmt werden sollte. Nach dem Vortrag kam es zu einer offenen Debatte, und ich erlebte viele Teilnehmer, die meinen Positionen gegenüber sehr aufgeschlossen waren. Mir ist in Schnellroda niemand begegnet, der Sympathien gegenüber dem Nationalsozialismus hätte anklingen lassen. Was ich hier politisch wahrgenommen habe, sah ich als legitim an.

Wenn ich nun gefragt werde, ob ich das überhaupt beurteilen könne, ob beim IfS rechtsextreme Positionen vertreten werden: Ja, das glaube ich durchaus beurteilen zu können. Von 2000 bis 2010 habe ich zehn Jahre beruflich an der

-----  
28 Vgl. Michael Beleites: »Ist der Wettbewerb ein Naturgesetz? Biologische Alternativen zum Darwinismus«, In *Sezession* 82, Februar 2018, S. 32–35.

historischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur mitgewirkt, und ich war auch in die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur eingebunden. Vor diesem Erfahrungshintergrund weiß ich sehr wohl, was politischer Extremismus ist und was nicht. Der nationalsozialistische Terrorstaat war ein mörderisches System, das Millionen Menschen wegen ihrer rassischen oder politischen Zuordnung ermordet hat und ermorden wollte. Die AfD und die Neue Rechte als »Nazis« zu dämonisieren, halte ich nicht nur für eine ungeheuerliche Verleumdung dieser aus meiner Sicht legitimen konservativen Strömungen, sondern auch für eine ungeheuerliche Verharmlosung des Nationalsozialismus. Darüber hinaus halte ich es für bedenklich, unter Verweis auf Geheimdienstberichte mündigen Bürgern die Befähigung zu einer eigenen Urteilsbildung abzusprechen. Da sollten bei uns doch die Alarmglocken läuten, wenn wieder ein Geheimdienst das letzte Wort über Gut oder Böse haben soll. Und auch solche Leute, die tatsächlich extremistische Positionen

vertreten, werden ihre Haltung gewiß nicht überdenken, solange sie nur unter ihresgleichen kommunizieren dürfen.

**Wurden Kritikpunkte an ihren grundsätzlichen Positionen laut oder fokussierte sich die Kritik allein auf Ihren persönlichen Umgang mit Dritten, also auf »Kontaktschuld«?**

Abgesehen von dem absichtsvollen Mißverstehen, der bewußten inhaltlichen Verdrehung meiner Aussagen, ging es kaum um Inhalte. Man nahm mir übel, daß ich mich auf die falsche Seite gestellt hätte. Für all die, die mir vorhielten, ich hätte mich »benutzen« lassen, war ich künftig nicht mehr benutzbar. Die Grünen betrachteten sich als die Alleineigentümer des ökologischen Themas. Hans-Joachim Döring hielt mir vor, mich »als Frontmann dieser parteitaktischen Anschleicherei und Eierklauerei von grünen Themen durch Höcke und dessen Vorfeldorganisationen einspannen zu lassen.« Und: »Es ist mir unverständlich, wie der Kooperations- und Resonanzbiologe

Beleites, der einen eigenen und neuen kritischen Blick auf die Daseins- und Wettbewerbskampf-Fixierung in Biologie und Gesellschaft gewagt hat, bei der mentalen Kriegerkaste und den Kampfbrigaden von Götz Kubitschek in Schnellroda gelandet ist und warum er sich für das fadenscheinige Manöver einer parteitaktischen Eroberung von Umweltthemen eingelassen hat.«<sup>29</sup> Diese Grünen sahen sich um ihr Eigentum geprellt. Und wahrscheinlich hatten sie bis dahin auch mich als ihr Eigentum angesehen.

### Hat sich die Situation dann irgendwann wieder beruhigt?

Nur vorübergehend. Im Januar 2018 erschien im *Spiegel* ein Schmäh-Artikel gegen frühere DDR-Oppositionelle. Diejenigen, die angesichts der bei Pegida und AfD sichtbar gewordenen Protestbewegung einen gesellschaftlichen Dialog befürworteten, wurden zu psychisch auffälligen Rechtsextremisten erklärt. Unter der Überschrift »Der Verstoßene« schrieb der *Spiegel*-Autor

29 Döring: Kehre, a. a. O., S. 31.

Konstantin von Hammerstein über mich: »Der Rückzug auf die eigene Scholle hat Beleites nicht gutgetan. Früher beriet er Greenpeace und die Grünen, jetzt verstrickt er sich immer weiter in seiner rechten Gedankenwelt. [...] Inzwischen hat er zu viele rote Ampeln überfahren. Und so endet die Geschichte, wie sie wohl enden muß.«<sup>30</sup> Unter einem Bild von mir stand: »Bürgerrechtler zur AfD und ihren Satellitenorganisationen übergelaufen.«<sup>31</sup>

### Welche Folgen hatte dieser Spiegel-Artikel für Sie?

Wiederum wurde ich aus Veranstaltungsprojekten herausgehalten. Vom Bund für Umwelt und Naturschutz bekam ich am 25. Mai 2018 die E-Mail: »Hallo Herr Beleites, wir danken Ihnen vielmals für Ihre Zusage, müssen Ihnen nun allerdings doch wieder absagen. Wir haben nun noch einmal das Format der Veranstaltung überarbeitet und abgeändert, so daß ein solcher Vortrag

30 Konstantin von Hammerstein: »Was für Helden«, in: *Der Spiegel*, 2/2018, S. 6 und 48–52.

31 Ebd., S. 6.

nicht mehr ins Konzept paßt.« Von der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt bekam ich am 19. März 2019 die Nachricht: »Ich danke Ihnen für Ihre Bereitschaft zur Mitwirkung, jedoch planen wir die Veranstaltung inzwischen mit einem anderen Setting.« Die Friedrich-Ebert-Stiftung Thüringen schrieb mir im April 2019: »Aus organisatorischen Gründen können wir leider keine sechs Personen auf dem Podium sprechen lassen. [...] Ich bitte Sie um Verständnis, daß Sie nicht auf dem Podium sitzen können.«

Nun zogen auch andere Journalisten nach, die mich als einen »Neuen Rechten« vorführen wollten. Meist haben sie vorsätzlich mein Vertrauen mißbraucht, indem sie vorgaben, die einseitige Spiegel-Geschichte richtigstellen zu wollen – und dann das Gegenteil taten. Aber es gab auch andere, mit denen ich bessere Erfahrungen gemacht habe. Hier sind Beiträge in der *Mitteldeutschen Zeitung*<sup>32</sup>, der

32 Vgl. Alexander Schierholz: »Früher DDR-Umweltaktivist: Michael Beleites, ein Rechter?«, in: *Mitteldeutsche Zeitung* vom 24. September 2028.

*Sächsischen Zeitung*<sup>33</sup> und der *Frankfurter Allgemeinen*<sup>34</sup> als positive Ausnahmen zu nennen. Doch auch diese hatten einen bitteren Beigeschmack: Man sah, daß mir mit den öffentlichen Verleumdungen Unrecht geschehen war, weil ich in Wahrheit kein Rechter sei. Aber man sah nicht, daß auch gegenüber Rechten Rufmord und berufliche Existenzvernichtung kriminelle Methoden sind, die die Menschenwürde verletzen und einer demokratischen Kultur unwürdig sind.

### **Sie hatten also keine andere Chance mehr, als sich auf Ihren Gartenbau zurückzuziehen?**

Zwischenzeitlich sah es so aus. Aber bald erstreckte sich die berufliche Ausgrenzung auch auf unseren familiären Gartenbaubetrieb. Jetzt glaubten manche, einen Beitrag im »Kampf gegen rechts« leisten zu können, indem sie unsere Blumen

33 Vgl. Andreas Weller: »Bio-Gemeinschaft schmeißt Händler raus«, in: *Sächsische Zeitung* vom 12. März 2021.

34 Vgl. Stefan Locke: »Kontakt und Schuld«, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 14. März 2021.

und Kräuter boykottierten. So schrieb am 27. März 2018 der Leiter der Heilpädagogischen Schule in Dresden-Bonnewitz, Matthias Bürger: »[...] seit vielen Jahren beziehen wir für unsere Schule Blumen von Ihnen. Für uns ist das, neben der Schönheit und Qualität der Sträube, inzwischen auch eine Frage der Tradition. Jetzt haben wir Informationen vorliegen, die Ihre verschiedenen Aktivitäten publizistischer und vortragshaltender Art beinhalten. [...] Immerhin hat die Heinrich-Böll-Stiftung Sie daraufhin und aufgrund Ihrer oben genannten Aktivitäten aus ihrem Programm genommen. [...] Bei aller, möglicherweise berechtigten, Kritik an gegenwärtigen Zuständen halten wir es für unvereinbar mit einer humanistischen Haltung, diese Kritik auf Veranstaltungen zu vertreten, die einer ausgrenzenden und fremdenfeindlichen Ideologie angehören. Wir betreiben eine Einrichtung, deren Schüler\*innen in der Zeit der Nazidiktatur ermordet worden wären.« Obwohl es bei meinen Vorträgen gerade darum ging, Argumente gegen die heute noch weitgehend unangetastete Selektionslehre

vorzubringen, welche als »wissenschaftliche« Grundlage der sozialdarwinistischen Euthanasieverbrechen der Nationalsozialisten gedient hatte, wurde ich nun auf die Seite derer gestellt, die behinderte Kinder ermorden würden. Auf meine Erwiderung reagierte Bürger nicht.

### **War Ihr Gartenbau noch anderweitig betroffen?**

Nachdem der *Spiegel*-Artikel von Anfang 2018 langsam in den Hintergrund getreten war, erschien wieder ein neuer Hetzartikel an prominenter Stelle im Internet: Das »Zentrum Liberale Moderne«, eine von den Grünen-Politikern Ralf Fücks und Marieluise Beck geführte »Denkfabrik«, präsentierte ab 10. August 2020 einen neuen Text von Michael Bittner. Diesmal unter dem Titel: »Rasse« als Naturerbe. Die völkische Ökologie des ehemaligen DDR-Oppositionellen Michael Beleites«. Bei Google erschien unter dem Suchbegriff »Michael Beleites« dieser Artikel von Anfang an stets unter den ersten drei Angeboten. Von Biologismus,

Rassismus, Antisemitismus, völkischem Denken, Demokratiekritik, rechtsradikalem Milieu bis hin zu Kulturpessimismus und Zivilisationsfeindschaft waren hier wieder alle stigmatisierenden Etiketten versammelt. Jetzt hatte man mich am digitalen Pranger ganz nach oben gehängt und prompt erneuerten viele ihre feindseligen Angriffe, und es kamen neue hinzu. Auch die Dresdner Verbrauchergemeinschaft für ökologisch erzeugte Produkte (VG) beteiligte sich jetzt:

Ohne den Versuch einer vorherigen Kontaktaufnahme erhielten wir am 2. Oktober 2020 die folgende E-Mail vom VG-Vorstand: »Liebe Luise, lieber Michael, nach Beratungen in den Leitungsgremien der VG haben wir uns entschlossen, die Geschäftsbeziehungen mit der Blankensteiner Blumen GbR Luise Ludewig & Michael Beleites nach Abschluß der diesjährigen Schnittblumensaison zu beenden. Wir danken euch für die langjährige gute Zusammenarbeit. Viele Grüße Peter, Adelheid, Barbara und Jonathan«. Eine Begründung bekamen wir nicht.

Nun waren fast zwei Drittel des Absatzes unseres kleinen

Gartenbauunternehmens weggebrochen. Für die Kräutertees, die wir das ganze Jahr überwiegend für die VG angebaut, geerntet, verarbeitet und verpackt hatten, fanden wir so schnell keine anderen Vermarktungsgelegenheiten. Das konnten auch unsere Stammkunden auf dem Wochenmarkt am Alaunplatz in Dresden-Neustadt nicht ausgleichen. Und die wurden alsbald von der »Antifa« eingeschüchtert:

Die »Undogmatische Radikale Antifa Dresden« (URA) hatte auf ihrer Website eine Serie namens »Kein Viertel für Nazis«, wo von ihnen auserkorene Gegner zu »Nazis« erklärt und sodann zum Angriff aufgerufen wurde. Am 9. Dezember 2020 erschien auf der URA-Seite »Teil 7: Die braune Blumenwelt des Michael Beleites«. Mit der von Wesjohann und Bittner gelieferten ideologischen Munition wurde ich als »Nazi« an den Pranger gestellt, um dem »Antifa«-Mob ein Ziel vorzugeben. Die fetten Zwischenüberschriften lauteten: »Beleites' Werdegang in der neuen Rechten«, »Beleites ist Rassist«, »Beleites ist anti-emanzipatorisch«, »Beleites ist reaktionär«, »Fazit: Beleites ist

ein Nazi«. Zum Glück blieb unser Marktstand am Alaunplatz, wo wir gerade sonnabends Adventskränze und Trockenfloristik anboten, von gewalttätigen Übergriffen verschont. Aber es war schlimm genug, daß wir damit rechnen mußten.

### **Fand der »Antifa«-Aufruf Resonanz unter ihren Kunden?**

Bei den Kunden des Wochenmarktes in der Dresdner Neustadt kaum. Einige blieben weg, andere kamen jetzt gerade. Aber die Dresdner Bio-Branche war eingeschüchtert: Von acht Dresdner Bio-Märkten, denen wir nun unsere Kräutertees angeboten hatten, reagierte nur einer. Und auch der nur unter Vorbehalt. Wegen der fehlenden Tee-Einnahmen mußten wir unseren beiden Mitarbeiterinnen kündigen. Und wegen der abgeschnittenen Nachfrage mußten wir Anfang 2021 unsere Kräuteranbaufläche erheblich verkleinern. Unser Gartenbaubetrieb geriet in eine existenzbedrohende Krise. Ohne die überwältigende Solidarität aus unserem Kunden- und Bekanntenkreis hätte unser Gartenbau das Jahr 2021 nicht überstanden.

Viele Menschen waren entsetzt darüber, daß nach der Boykott-Logik unliebsamen Menschen ihre berufliche Existenz genommen werden sollte. Wir bekamen viele Spenden, manche verbrachten auch die Sonnabendvormittage mit uns am Marktstand, um uns vor eventuellen Angriffen zu schützen. Auch unter den Mitgliedern der Verbrauchergemeinschaft gab es eine große Gruppe, die sich vehement dafür einsetzte, daß unsere Produkte wieder ins Sortiment der VG aufgenommen werden. Im März 2021 wandten sich zudem 68 Personen aus dem Kreis der DDR-Bürgerrechtler in einem Brief an den Vorstand der Verbrauchergemeinschaft. Dieser wies am 1. April 2021 »Die Behauptung, daß die Beendigung der Zusammenarbeit der Grund für die Existenzgefährdung des Betriebes ist«, zurück.

### **Konnte Ihre Gärtnerei sich dank der solidarischen Unterstützung wieder erholen?**

Das hatten wir gehofft. Der Demeter-Verband hatte uns angeboten, Ausbildungsbetrieb bei der

biologisch-dynamischen Ausbildung zu werden und ein oder zwei Auszubildende zu übernehmen. Das war ein großzügiges Entgegenkommen, da wir selbst nicht dem Demeter-Verband angehören. Das ging ein Jahr gut. Am 17. Februar 2022, knapp zwei Wochen vor dem geplanten Ausbildungsbeginn von zwei neuen Lehrlingen, erhielt meine Frau eine E-Mail, in der es hieß: »Als Träger der Biodynamischen Ausbildung im Osten können wir die politische Ausrichtung Deines Betriebspartners Michael Beleites nicht mittragen und werden daher die Zulassung als Ausbildungsbetrieb innerhalb unserer Ausbildung zum 28. Februar 2022 beenden.«

Was war geschehen? Der Demeter-Verband hatte am 5. Februar 2022 eine anonyme »Recherche« erhalten, die sich speziell an ihn und an Waldorfschulen in Sachsen richtete. Das dreiseitige Papier beginnt mit dem Satz: »[...] diese Recherche dient dem Zweck, die Tätigkeiten Michael Beleites', Gesellschafter bei der Blankensteiner Blumen GbR, als jugendgefährdend auszuweisen.« Weiter heißt es

dort: »Mit Bezug auf Untenstehendes fordern wir Sie auf, Michael Beleites schnellstmöglich den Zugang zu den jungen Menschen zu entziehen. [...] Bitte informieren Sie Institutionen und Schulen, die wir nicht erreicht haben. Bitte leiten Sie diese Recherche nicht an die Blankensteiner Blumen GbR weiter. Wir werden zu unserem eigenen Schutz als Autor\*innen dieser Recherche anonym bleiben. Wir bitten Sie dafür um Verständnis.«

### **Hatten Sie erwogen, rechtliche Schritte einzuleiten?**

Im Falle des Demeter-Verbandes hatten wir lange gehofft, noch zu einer konstruktiven Klärung zu kommen. Gegen die »Antifa« hatte ich gleich im Dezember 2020 eine Anzeige wegen Verleumdung erstattet. Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft haben das aber nicht ernsthaft verfolgt. Zunächst mit der Begründung, daß die »Antifa«-Website kein Impressum habe und man nicht wisse, an wen man sich halten solle. Daß auch dies schon ein Rechtsverstoß ist, spielte offenbar keine Rolle. Am 19. Oktober

2022 bekam ich dann die abschließende Nachricht von der Staatsanwaltschaft Dresden: »Sehr geehrter Herr Beleites, es wird mitgeteilt, daß auch nach intensiven Ermittlungen nicht festgestellt werden konnte, wer den Text verfaßt und im Internet veröffentlicht hat. Weitere Ermittlungsansätze sind nicht vorhanden. Mit freundlichen Grüßen Auf Anordnung«.

**Gab es auch Akteure der Ausgrenzung, die ihre Haltung überdacht oder korrigiert haben?**

Wenige, aber es gibt sie. Die Sächsische Umweltakademie »Urania«, die als Trägerverein für das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) unserem Gartenbaubetrieb für 2021/22 die Praktikantenstelle gekündigt hatte, hat diese ab September 2022 wieder bewilligt. Oder Hans-Joachim Döring, der mit seinem Artikel in den *Briefen* der Evangelischen Akademie Wittenberg vom Sommer 2020 wahrscheinlich die Auslistung aus der Verbrauchergemeinschaft mit ausgelöst hatte, schrieb in einem Brief an die VG-Gremien vom 22. Juli 2022: »Im Juni 2020 schrieb

ich eine kritische Rezension des ersten Heftes der Zeitschrift ›Die Kehre‹, Dresden und besprach dabei auch den enthaltenen Artikel von Michael Beleites. [...] Nach meiner Überzeugung ist Michael Beleites kein Hetzer, kein Rassist und kein Nazi [...]. Darum meine Bitte: Prüfen Sie Ihren Auslistungsbeschluß. Heben Sie ihn bitte auf und nehmen Sie die entsprechende Mitgliederinformation vom Netz. Wer zurücknimmt, knickt nicht ein. Vielmehr öffnen Sie dadurch Wege und ermöglichen Fairneß.« Auch sein Brief blieb ohne Erfolg.

**1990 sind Sie mit Stasi-Offizieren, die Ihre Verfolgung organisiert hatten, ins Gespräch getreten. \_ Haben Sie versucht, auch mit den Organisatoren der neuen politischen Verfolgung in direkten Kontakt zu treten?**

Nach dem »Antifa«-Aufruf habe ich am 16. Dezember 2020 bei der verfügbaren Mail-Adresse der URA-Dresden nach dem Autor des Artikels gefragt, um Möglichkeiten eines Gesprächs auszuloten. Daraufhin bekam ich am 19. Dezember

2020 eine anonyme Antwort: »Herzlichen Glückwunsch, Sie sprechen bereits mit den Autor:innen des Artikels zu Ihrer Person. [...] Den Artikel werden wir natürlich nicht entfernen. Sehen Sie ihn statt dessen als Serviceleistung an Ihre Kunden, welche nun möglicherweise mehr Hintergrundinformationen haben, um zu entscheiden, ob sie weiter von Ihnen kaufen sollten.« Auch mit anderen habe ich versucht, in Kontakt zu kommen. Ein Gespräch lehnten sie ab. Außer einem minimalen Entgegenkommen in Einzelfragen bewegte sich da nichts.

### Was waren solche Einzelfragen?

Stefan Schönfelder hat die Distanzierung von mir aufrechterhalten, aber meine agrarpolitische Broschüre wieder als PDF-Datei zugänglich gemacht. Michael Bittner hat meine Entgegnung auf seiner Website veröffentlicht. Und Ralf Fücks hat nach der Intervention eines Beiratsmitglieds des »Zentrum Liberale Moderne« dafür gesorgt, daß der Schmäh-Artikel von Bittner einen anderen Titel bekam. Dann

wurde auch eine Replik meinerseits verlinkt. Inzwischen gab es mehrere nachträgliche Ad-hoc-Anpassungen des immer noch auf August 2020 datierten Bittner-Artikels. Zudem stellte Fücks die scheinheilige Vorbemerkung vor den Text: »Wir bedauern, daß die theoretisch-politische Auseinandersetzung mit dem Denken von Michael Beleites inzwischen existenzbedrohende Folgen für dessen Gartenbaubetrieb nach sich zieht. [...] Wir rufen dazu auf, die Auseinandersetzung auf inhaltlicher Ebene zu führen.«

### Sehen Sie aus Ihren Erfahrungen in zwei politischen Systemen im heutigen Vorgehen der »Cancel Culture« Ähnlichkeiten zur Repression in der DDR-Zeit?

Ja, es gibt Ähnlichkeiten, aber auch Unterschiede. Unterschiede in beiden Richtungen. Der wichtigste positive Unterschied ist der, daß die Bedrohung mit langen Haftstrafen heute nicht mehr im Vordergrund steht. Ein negativer Unterschied ist der, daß das Internet als höchst wirksames Medium für Rufmord und Pranger neu hinzugekommen

ist. Ähnlichkeiten sehe ich vor allem zwischen der Stasi-Methode der »Zersetzungsmaßnahmen« und heutigen Formen der »Cancel Culture«.

Ein weiterer negativer Unterschied zur DDR-Zeit besteht in der ideologischen Aufladung des sozialen Umfelds: Wenn die Stasi Verleumdungen und Diffamierungen gestreut hat, gab es meist nur wenige, die dem wirklich geglaubt haben – und kaum jemanden, der eine solche Rufmordkampagne von sich aus weitergetragen oder noch verschärft hätte. Die über Verrat und Denunziation hinausgehende, freiwillige Beteiligung an dem offenkundigen Unrecht der außergerichtlichen Bestrafung von Systemkritikern – das waren in der DDR seltene Ausnahmefälle. Heute, wo »Zivilcourage« oft als Selbstjustiz mißverstanden wird, entwickelt sich das freiwillige und mutwillige Mitwirken an dieser Form politischer Verfolgung zum Normalfall.

Im Hinblick auf den Vergleich mit den DDR-Verhältnissen sei mir aber noch eine selbstkritische Anmerkung gestattet: Obwohl ich mich immer für eine differenzierte

Betrachtung jedes Einzelfalls eingesetzt und Gespräche mit ehemaligen Stasi-Offizieren geführt und empfohlen hatte, war auch ich Teil einer Aufarbeitungs-Szene, die mehrheitlich einem aussondernen Impuls anhing. Die Denkart, jeden, der einmal für einen kommunistischen Geheimdienst gearbeitet hat, prinzipiell für unveränderlich zu halten und ihn lebenslang aus demokratischen Gremien und Prozessen herauszuhalten, das war und ist in meinen Augen ein schwerer Fehler. Möglicherweise sind schon bei der medialen Jagd auf die Stasi-Verstrickten in den neunziger Jahren die ethischen Maßstäbe abgeräumt worden, die dann nicht mehr vorhanden waren, als zum allgemeinen »Kampf gegen rechts« aufgehetzt wurde.

### **Wie sehen Sie die Wirkung der »Cancel Culture« auf die Gesellschaft?**

Die soziale Atmosphäre und die politische Kultur in unserem Land verändern sich bedenklich. Daß wir zunehmend von Menschen umgeben sind, die mit dem Begriff der

Würde nichts anzufangen wissen, ist auch eine Folge dieser ideologischen Aufwieglung. Die subtile soziale Wirkung der »Cancel Culture« besteht in der allgemeinen Zersetzung von Vertrauen und Vertrauensfähigkeit. Hier werden nicht nur die Fundamente des demokratischen Rechtsstaats untergraben, sondern auch die Grundlagen des sozialen Friedens zerstört.

Wer darum weiß, welche Veränderungen des sozialen Klimas im NS-Staat im Vorfeld der nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen stattgefunden hatten, sollte ein gewisses Sensorium dafür ausgebildet haben, wozu es führen kann, wenn die Aufwieglung gegen ideologisch verunglimpfte Menschengruppen und ihre soziale Ächtung mit dem – anfangs nur indirekt ausgesprochenen – Ziel stattfinden, die betreffenden Menschen aus der Gesellschaft auszusondern. Dahinter steht eine faschistoide Geisteshaltung.

Wo konservativ, rechts und rechtsextrem gleichgesetzt werden, zeigt sich eine antidemokratische Gesinnung. Man stelle sich einmal vor, die politische Linke würde in ihrer

Gänge mit dem Linksextremismus gleichgesetzt und pauschal mit den Verbrechen des stalinistischen Gulag-Systems oder mit den sozialistischen Anteilen des Nationalsozialismus assoziiert. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine AfD-geführte Regierung in einer solchen Weise allerorten zu einem »Kampf gegen links« aufrufen würde, wie das heute umgekehrt geschieht. Und wenn es doch so kommen sollte, dann werde ich der erste sein, der sich an die Seite der Linken stellt!

### **Wie kommen wir aus dieser Lage wieder heraus?**

In einem intakten demokratischen Rechtsstaat ist es eine Aufgabe rechtsstaatlicher Institutionen, abzuklären, welche politischen Aktivitäten extremistisch und rechtswidrig sind und welche nicht. Es ist nicht Aufgabe der »Zivilgesellschaft« oder »wehrhafter Bürger«, sondern allein Aufgabe rechtsstaatlicher Institutionen, erwiesene Gesetzesüberschreitungen innerhalb des dafür bestehenden Rechtsrahmens zu ahnden. Und es ist Aufgabe der rechtsstaatlichen Institutionen,

die Bürger, und zwar ausnahmslos alle Bürger, vor den Übergriffen einer mit Falschinformationen aufgewiegelten und zur Selbstjustiz angestachelten »Zivilgesellschaft« zu schützen. Weiterhin ist es eine Aufgabe der rechtsstaatlichen Institutionen, die demokratischen Willensbildungsprozesse und die eigenen Staatsbürger vor Übergriffen von Organisationen zu schützen, die von auswärtigen Interessen geleitet sind.<sup>35</sup>

Wir brauchen öffentliche Diskurse, in die alle politischen Strömungen einbezogen werden. Es ist doch völlig normal, daß wir untereinander verschieden große Schnittmengen haben – und daß wir unsere zwischenmenschliche Kommunikation nicht von hundertprozentiger Übereinstimmung abhängig machen. Wir sollten das Verbindende und nicht das Trennende in den Vordergrund stellen. Wir alle wollen ein

souveränes Land, das in demokratischen Willensbildungsprozessen jedem Bürger »Selbstwirksamkeitserfahrungen« ermöglicht und in dem die Unantastbarkeit der Menschenwürde von jedem einzelnen erfahrbar ist. Wer es mit der Demokratie ernst meint, sollte sich als Teil desselben gesellschaftlichen Ganzen verstehen, in dem auch die anderen ihren Platz haben.

**Was haben diese Jahre mit Ihrem privaten Umfeld gemacht? Haben Sie Freunde verloren?**

Viele zogen sich zurück oder begegneten mir fortan verspannt. Stets mit der prüfenden Frage in den Augen, ob das, was ich sagte, nicht doch einem rechtsextremen oder menschenverachtenden Kontext angehörte. Es wurde spürbar einsamer. Lange tröstete ich mich mit einer Erkenntnis von Sebastian Hennig: »Freunde und Gesprächspartner, die man über dergleichen verliert, die hat man nie besessen.«<sup>36</sup> Auch ich war entsetzt über all diejenigen, die dem Urteil von beliebigen

35 Vgl. Bundestags-Drucksache 20/3087: Antwort der Bundesregierung vom 10. August 2022 auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD »US-amerikanische Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen in Deutschland« (Drucksache 20/2706), in: [www.dserver.bundestag.de](http://www.dserver.bundestag.de)

36 Hennig: *Pegida*, a. a. O., S. 48.

Journalisten oder politischen Stimmungsmachern mehr vertrauten als ihrem eigenen Urteil aus einer jahrelangen Freundschaft oder Zusammenarbeit. Ja, ich glaubte, daß man Menschen mit einem solchen Charakter auch gar nicht unter seinen Freunden braucht. Doch die Erfahrung hat mich zweierlei gelehrt: Erstens, daß unter Ansetzung solcher charakterlichen Maßstäbe nicht viele übrigbleiben. Und zweitens, daß viele derjenigen, die sich von der medialen Stimmungsmache beeindruckt ließen, andere Qualitäten haben, die ich durchaus nicht missen möchte. Es ist schön, daß sich zu vielen von ihnen wieder ein normales Verhältnis eingestellt hat. Manche haben da auch ihrerseits einen Lernprozeß durchgemacht.

**Wie ist Ihre persönliche Bilanz zu dem Geschehen der neuen politischen Verfolgung?**

Natürlich schockierte es mich, daß ich eine derartige politische Verfolgung ein zweites Mal erleben mußte. Doch jetzt ist auch die Zeit, »danke« zu sagen! Ich bin unendlich

dankbar für die gewaltige Solidarität, die wir in großer Not erfahren haben. Nicht nur über die finanzielle Unterstützung, sondern auch für die Erfahrung, in solchen bedrohlichen Situationen nicht allein zu stehen!

Ein ganz besonderer Dank gebührt meiner Frau für ihre Courage. Sie hat gänzlich »unverschuldet« einen Großteil der gegen mich gerichteten Angriffe mit abfangen müssen. Sie hat viele schlaflose Nächte verbringen müssen, weil das Gartenbauunternehmen, das in erster Linie *ihr* Lebenswerk ist, meinetwegen in seiner Existenz vernichtet werden sollte. Sie hat sich nahezu täglich für etwas rechtfertigen sollen, wofür es keiner Rechtfertigung bedarf. Und nicht zuletzt danke ich unserer tapferen Tochter, die innerlich stark geblieben ist, obwohl sie von ihrem zehnten Lebensjahr an in einer Atmosphäre der Bedrohung aufwachsen mußte und extrem gelitten hat unter einem immer wieder neu aufflammenden Ausnahmezustand, über den sie sich mit ihren Mitschülern nie austauschen konnte. Auch das ist eine Parallele zu den DDR-Verhältnissen.